



Galileo

STREITBARE WISSENSCHAFT

ZEITUNG DER HOCHSCHULGRUPPEN DER MLPD

AUSGABE APRIL 2008

UNTERNEHMEN HOCHSCHULE - KEIN PLATZ FÜR DEMOKRATISCHE RECHTE

Im Januar 2008 sind bei einer Demonstration von Studenten in Frankfurt gegen allgemeine Studiengebühren 150 Menschen durch die Polizei festgenommen worden. Begründung: „Verdacht auf Landfriedensbruch“. Studenten hatten laut Polizeibericht die vorgeschriebene Demoroute verlassen und waren in die Innenstadt gelaufen. Das reichte für eine 150-fache Freiheitsberaubung durch den Staat. Schon im Sommer 2006 gab es Massenfestnahmen bei Autobahnblockaden aus Protest gegen die Studiengebühren. Fast alle Verfahren wurden inzwischen eingestellt oder gar nicht



Studierende bei der Demonstration im Januar 2008 in Hannover

erst aufgenommen. Dennoch bleiben die Studenten mit Personalien und Verdachtsmomenten für bis zu zehn Jahre in den Datenbanken gespeichert (www.hr-online.de). Dass Studierende aufgrund ihres berechtigten Widerstands gegen Studiengebühren kriminalisiert und bespitzelt werden, ist ein Beleg dafür, dass auch an den Hochschulen die politische Disziplinierung und Unterdrückung zunimmt.

Der Hintergrund dafür ist, dass im Zuge der Internationalisierung der Produktion (oft fälschlich als „Globalisierung“ bezeichnet) sich Hochschulen weltweit zu gewinnträchtigen Unternehmen wandeln. Eng mit den internationalen Konzernen verflochtene Hochschulräte haben dort das Sagen und sorgen dafür, dass Forschung, Wissenschaft und Lehre immer unmittelbarer den Interessen dieser Konzerne untergeordnet werden. Dazu gehört, dass

die Masse der Studierenden verschulte Kurzstudiengänge, überfüllte Hörsäle, schlechte Ausstattung und überlastetes Lehrpersonal akzeptieren soll, während gleichzeitig Millionen für die „Elitebildung“ an ausgewählten „Exzellenz-Unis“ gepumpt werden. Dazu gehört, dass der Prüfungsdruck und die soziale Auslese verschärft und die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden. (s. Artikel S. 3) Dazu gehört auch, dass der akademische Nachwuchs die Denkweise und Weltanschauung der Herrschenden übernehmen und zur möglichst reibungslosen Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen soll. Kritische Wissenschaftler und Studierende, die sich dem nicht unterordnen, haben oft mit Repressalien zu rechnen.

Die Einschränkung der politischen

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

- S. 2 Wie man einen Terroristen konstruiert.
- S. 3 Der Maulkorb muss weg!
- S. 4 Wie die Leukämiegefahr durch AKWs verschleiert wird
- S. 6 Ein Student aus der Türkei erlebt das Studium in Deutschland
- S. 7 „Ich will mein Leben nicht verschwenden...“
- S. 8 Proteste verhindern Papst-Vorlesung
- S. 8 Auf zur Weltfrauenkonferenz 2011

Betätigung an den Hochschulen reiht sich ein in einen ganzen Katalog des Abbaus bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten in unserer Gesellschaft. Unter dem Deckmantel des „Kampfs gegen den internationalen Terrorismus“ wird die staatliche Überwachung ohne jeden konkreten Verdacht auf immer mehr Lebensbereiche der breiten Mehrheit der Bevölkerung ausgedehnt. Nach dem neuen Überwachungsgesetz kann gespeichert werden, wer mit wem wie lange telefoniert und wo er sich aufhält, wer an wen eine E-Mail schickt oder wer in welchem Zeitraum einen Internet-Dienst nutzt. Auf künftig digitalisierte Fingerabdrücke und Fotos in den neuen Pässen kann die Polizei „online“ zugreifen. In NRW ist die verdeckte Online-Durchsuchung privater Computer möglich, ohne dass der Betroffene das erfährt. Allein schon die Verschlüsselung der E-Mails ist in den Augen der Geheimdienste verdächtig. Das alles sei notwendig, um den „Terrorismus“ abzuwehren.

Wer kann ernsthaft glauben, dass eine flächendeckende Überwachung der gesamten Bevölkerung über Telefondaten, biometrische Passfotos, Videoüberwachung und dergleichen erforderlich ist, um eine Handvoll potentieller „Terroristen“ zur Strecke zu bringen? Diese Maßnahmen ergeben nur einen Sinn: sie betrachten das ganze Volk als potentiellen „Feind“. Zum Beispiel wenn dieses Volk Widerstand leistet gegen wachsende soziale Ungerechtigkeit oder auf den Gedanken kommt, um eine gesellschaftliche Alternative zu kämpfen. Für so etwas bringt Innenminister Schäuble den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Innern in die Diskussion.

15 000 Menschen protestierten im September 2007 in Berlin gegen die staatliche Bespitzelung. Die Faschisierung des Staatsapparats erfordert einen massenhaften und entschiedenen Kampf, den Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentner, Studenten und Akademiker gemeinsam führen müssen.

Für die Verteidigung und Erweiterung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten. Freie politische Betätigung auf antifaschistischer Grundlage an den Hochschulen!

WIE MAN EINEN TERRORISTEN KONSTRUIERT.

DER FALL ANDREJ HOLM

Andrej Holm, Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Berliner Humboldt Universität wurde am 31.7.07 wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet. Einen Monat später wurde die Haft ausgesetzt, der Haftbefehl nach ungewöhnlich starken internationalen Protesten am 24. Oktober aufgehoben. (Galileo berichtete.) Doch die Konstruktion eines Terroristen geht weiter. Wer einmal ins Visier der Ermittler geraten ist, kommt da offenbar nicht mehr raus.

Wie die Behörden an der Konstruktion eines Terroristen arbeiten, hat Holm in den letzten Monaten dankenswerterweise in mehreren Artikeln und Interviews publik gemacht – in den Augen seiner Ermittler vermutlich ein neues Verdachtsmoment. Er weist auf das Anlegen eines Personenrasters und auf linguistische Analysen hin, mit denen ein Anfangsverdacht aufgebaut wird, und auf die Infizierung seiner beschlagnahmten Computer, die inzwischen mehrfach kollabiert sind. Dann aber auch auf den so genannten „Nachweis konspirativen Verhaltens des Ermittlungsobjektes“ durch die Behörden. Das Handy auszuschalten oder ganz zu Hause zu lassen, wenn man sich mit Freunden trifft, entspricht – so die Bundesanwaltschaft – „den typischen Gepflogenheiten der linksextremen Szene zum Zweck der Konspiration“ und ist höchst verdächtig. Die Ermittlungsbehörden können sich das kaum anders als mit der Absicht erklären, geplante Straftaten zu tarnen. Dabei hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) selbst mitgeteilt, dass die effektivste Schutzmaßnahme darin besteht, das „Mitführen von Handys bei Gesprächen mit sensitivem Inhalt“ zu vermeiden.

Noch verdächtiger macht sich, wer sich bei schlampig geführten Observationen nach den Verfolgern umsieht oder sie gar loszuwerden versucht. Ergo: Wer sich nicht verfolgen lassen will, der muss doch etwas zu verbergen haben.

All das bleibt natürlich nicht ohne Wirkung auf den Verfolgten. Holm ertappte sich dabei, dass er dachte: „Wenn ich jetzt am Telefon dieses oder jenes sage – wie könnten sie das interpretieren?“ Statt wie immer nur zu sagen: Wir treffen uns morgen im Cafe – ohne detaillierte Angabe von Ort, Zeit und Zweck des Treffens – fügte er eine Zeitlang hinzu: Du meinst doch die Kneipe soundso in der ... Straße. Inzwischen hat er sich sein normales Verhalten Stück für Stück zurück erobert: „Wenn ich mich mit Freunden im Cafe verabrede, dann machen wir das so, wie wir das immer gemacht haben.“ Doch kann man nachvollziehen, wenn er sagt, dass das „Gefühl, für die Ermittlungsbehörden extrem gläsern zu sein“, eine enorme „mentale Herausforderung“ ist. Zumal er weiß, dass es vergleichbare Fälle gibt, wo 129a-Verfahren bis zu sieben Jahre lang geführt wurden. Was Holm aufgedeckt hat, zeigt die unbedingte Notwendigkeit des Kampfs gegen die Faschisierung des Staatsapparats. Es zeigt die Sorge der Herrschenden in der BRD vor dem Linkstrend und dem Gespenst des Kommunismus. Es weist aber auch darauf hin, dass Holm und die anderen Verfolgten weiterhin unsere volle Solidarität brauchen. **(Hochschulgruppe Berlin)**

**Kontaktadresse: Galileo-Redaktion, Buererstr. 39, 45899 Gelsenkirchen.
Email: redaktion@mlpd-galileo.de**



DER MAULKORB MUSS WEG!

2. Juni 1967: Der Student der Theologie, Benno Ohnesorg, wird während einer Demo vor der Berliner Oper gegen den Massenmörder Rheza Pahlevi, Schah von Persien und Staatsgast der BRD vom Polizisten Kurras durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet. „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“ – mit diesen Worten verbot das Verwaltungsgericht Sigmaringen am 02.02.68 dem ASTA der Uni Tübingen eine Solidaritäts – Erklärung an die Studierendenschaft der FU Berlin.

Das Urteil, faktisch ein Verbot des „allgemein politischen Mandats“ für die verfasste Studentenschaft, wirkt heute vielleicht wie ein Relikt aus Opas Zeiten, als Homosexualität noch kriminalisiert wurde und Pärchen ohne Trauschein keine Wohnung mieten konnten. Es wurde aber seit seiner Verkündung vor 40 Jahren bei ähnlichen Anlässen mehrfach bestätigt und ist damit hochaktuell. Entsprechend ver-

bietet das Hochschulrahmengesetz von 1976 den Studentenschaften, zu nicht hochschulpolitischen Themen Stellung zu nehmen. BaWü und Bayern schafften die „Verfasste Studentenschaft“ gleich ganz ab.

Dass die Studenten-Vertretungen gemeinsam mit deutschen Burschenschaftlern und anderen Spießerverbindungen noch Fackelzüge zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni durchführten, daran gab's nichts aussetzen. Erst als sich die Kritik an den Herrschenden und dem herrschenden System im Verlauf der APO, der außerparlamentarischen Studenten-Opposition, radikalisierte, reagierte der Staat der Herrschenden.

Gerichtlich verboten wurden inzwischen beispielsweise kritische Stellungnahmen zum Einsatz von UNO-Blauhelmen, zur Kurden-Politik des türkischen Staates, zum Verbot einer Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien 1941–1944“

an der TU Berlin oder die „ZeitzeugInnen-Gespräche“, organisiert von der Fachschaft Geschichte der Uni Münster zusammen mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/BdA).

Diese Beispiele zeigen, was diese Verbote bewirken wollen: Die Studierenden sollen die Lehr- und Wissenschaftsinhalte nicht weltanschaulich und politisch kritisch hinterfragen und nicht erkennen, dass Wissenschaft und Kultur nicht neutral sind, sondern immer bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen sich verpflichten. Sie sollen sich nicht kritisch in die gesellschaftliche Debatte einmischen. Schon gar nicht in eine Debatte, in der immer öfter die Begriffe Kapitalismus (negativ) und Sozialismus (positiv) auftauchen.

Es geht um die Angst der herrschenden Konzerngruppen und ihres Staates, dass Studierende sich nicht nur um ihre unmittelbaren Studienbelange kümmern, sondern z.B. Studiengebühren als Teil der Privatisierungs- und Umverteilungspolitik von unten nach oben begreifen. Dass sie sich der Arbeiterklasse zuwenden, streikende Belegschaften unterstützen und lernen, die Welt aus einem anderen Blickwinkel zu begreifen, vom Standpunkt der Arbeiterklasse nämlich. Dass sie verstehen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und bei allem genau untersuchen: wem nützt das eigentlich? Den Zumwinkels und Ackermänner oder der Masse der Bevölkerung?

Um das zu unterbinden, sollen gemeinsame Veranstaltungen mit fortschrittlichen Kräften an der Uni nicht erlaubt sein, keine Infostände politischer Parteien auf dem Campus gestattet werden. Aber sehr wohl erwünscht sind Rasterfahndung und grenzenlose Auspioniererei durch den Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst. Die MLPD setzt sich ein **für eine „Verfasste Studierendenschaft“ mit allgemeinpolitischem Mandat, mit dem Studenten auch Partei für die Arbeiterschaft ergreifen können!** (Hochschulgruppe Stuttgart)



WIE DIE LEUKÄMIEGEFAHR DURCH AKWs VERSCHLEIERT WIRD



Fr. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake. (Foto Christoph Klug)

INTERVIEW MIT FRAU PROF. DR. SCHMITZ-FEUERHAKE

? Frau Prof. Schmitz-Feuerhake, je näher Kinder an einem Kernkraftwerk wohnen, um so höher ist ihr Risiko, an Leukämie zu erkranken. Das jedenfalls besagt eine Studie des Mainzer Kinderkrebsregisters, die das Bundesamt für Strahlenschutz in Auftrag gegeben hat. Kann man das wissenschaftlich erklären?

! Ähnliche Befunde gibt es seit Jahrzehnten schon aus anderen Ländern. Da Kernkraftwerke Radioaktivität abgeben und Leukämie eine typische Strahlenfolge ist, liegt die Ursache auf der Hand. Gerade kleine Kinder sowie Embryonen und Föten sind ja besonders strahlenempfindlich.

? Nun stellt sich raus, dass das Mainzer Institut für Medizinische Statistik und

Dokumentation schon immer versucht hat, derartige Ergebnisse in Deutschland herunterzuspielen und sogar Daten statistisch manipuliert hat – wieso?

! Das Mainzer Institut hatte bereits zwei Untersuchungen vorgenommen, in denen nach der relativen Häufigkeit von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Umgebung von westdeutschen Kernkraftwerken gefragt worden war. Die erste erstreckte sich auf den Zeitraum 1980–1990. Dabei ging es um den 15 km-Umkreis und um Kinder verschiedenen Alters bis 15 Jahre. Es ergab sich statistisch keine Erhöhung. Ein Nebenbefund war jedoch, dass im Nahbereich von 5 km die kleinen Kinder unter 5 Jahren eine 3-fach erhöhte Leukämierate aufwiesen. Wenn nur die älteren Anlagen (mit der Vorstellung höherer Radioaktivitätsfreisetzungen) betrachtet wurden, ergab sich sogar eine 7-fache Erhöhung gegenüber dem bundesrepublikanischen Durchschnitt.

Nach Durchführung einer zweiten Studie über den Zeitraum 1991–1995 wurde behauptet, dass sich der Befund bei den kleinen Kindern nicht bestätigt habe. Bei näherem Hinsehen – das erfolgte durch den Wissenschaftler Dr. Alfred Körblein – zeigte sich jedoch genau das Gegenteil! Die Autoren hatten nämlich einfach eine gröbere statistische Auswertung der Daten vorgenommen, die zu höheren Fehlergrenzen der Ergebnisse führte. Dadurch verschwand dann die statistische Signifikanz der Erhöhung. Eine methodisch einleuchtende Begründung für das gröbere Auswerteverfahren gab es nicht, so dass man annehmen muss, dass die Untersucher das verdächtige Ergebnis loswerden wollten.

Die jetzt veröffentlichte neue Untersuchung ist eine Fall-Kontrollstudie, d.h. sie geht von individuellen Fällen und merkmalsgleichen Kontrollen aus. Dadurch wird die Aussagekraft in Hinblick auf den Zusammenhang mit dem Abstand von der Anlage erhöht und der Einfluss anderer denkbarer Leukämieursachen weitgehend ausgeschlossen. Die übergroße Beflissenheit, mit der die Autoren beteuern, Radioaktivität sei als Ursache ausgeschlossen, ist wissenschaftlich nicht begründbar sondern entspricht der Politik des Instituts, das Strahlenfolgen im Niederdosisbereich stets abgestritten hat.

? Sie selbst waren bei einer Untersuchung zu Kontaminationen durch das AKW Krümmel in der Elbmarsch beteiligt – was wurde dort vertuscht?

! Beim AKW Krümmel liegt die größte Leukämieerhöhung vor, auch ältere Kinder sind dort betroffen. Mitglieder einer offiziell eingesetzten Expertenkommission, der auch ich angehört habe, sowie einer Bürgerinitiative und beauftragte Fachleute stellten in jahrelanger Kleinarbeit fest, dass Betreiber und Behörden im Jahr 1986 einen kerntechnischen Unfall vertuscht haben. Dieser ereignete sich bei der nahe gele-

genen ehemaligen Kernforschungsanlage Geesthacht, deren Einflussbereich sich radioaktivitätsmäßig mit dem des Kernkraftwerks überlappt.

Unsere Erkenntnisse haben wir veröffentlicht, Konsequenzen wurden daraus aber von offizieller Seite nicht gezogen.

? Gibt es denn keine Aufsicht und Kontrolle von derart gefährlichen Anlagen und woran liegt es, dass die nicht funktioniert?

! Bei den radioaktiven Abgaben verlässt man sich weitgehend auf die Messungen durch den Betreiber. Eine kontinuierliche und vollständige zweite unabhängige Kontrolle bzw. Bilanzierung aller emittierten Radionuklide ist nicht vorgesehen. Unsere Erfahrungen mit der Reaktoraufsicht sind schlecht. Nach unseren Erkenntnissen würde sie, solange nicht Menschen unmittelbar tot umfallen, bei subtilen Leckagen nicht eingreifen.

? Frau Prof. Schmitz-Feuerhake – aus alldem muss man fragen: sind Wissenschaften, Lehre und Forschung frei oder dem Kapital unterstellt? Was heißt das

AKW Krümmel. Ringsum mehr Leukämie bei Kindern - aber die Herkunft sei unerklärt. (Vattenfall/Pressefoto).



für Student sein heute? Was würden Sie Studenten auf den Weg geben?

! Im Prinzip können Universitätsprofessoren ihre Forschungsrichtung selbst bestimmen und ihre Meinung ohne Zensur kundtun. Als Beamte auf Lebenszeit ist ihre Existenz auch bei unliebsamen Ergebnissen nicht gefährdet. Bei Wissenschaftlern, die in Großforschungseinrichtungen arbeiten, die ebenfalls durch öffentliche Mittel finanziert werden, ist das anders. Hier müssen die Publikationen von der Geschäftsführung abgesegnet sein.

In der Praxis sind Forschungen, die zu Industrie- und Gesellschaftskritik führen, kaum möglich, da sie nicht finanzierbar sind. Öffentliche Fördermittel und Drittmittel sind vorzugsweise daran orientiert, was der industriellen Entwicklung dient, und Drittmittel sind insbesondere ein Qualitätskriterium, wenn es um die Bewertung der „Elite-“ und „Exzellenzforschung“ geht. Die deutschen Universitäten sind sehr autoritär strukturiert und ihre Fördergesellschaften aus Industrie- und Honoratiorenkreisen sind nicht geeignet,



Tuomo Hatakka, Vorsitzender des Vorstands der Vattenfall Europe AG, Senior Executive Vice President Vattenfall AB. (Pressefoto)

die notwendige Selbstreflexion über die Ziele ihres Handelns zu erreichen. Daher ist es heute offensichtlich eingefahrene Praxis, dass Nicht-Regierungsorganisationen die kritischen Fragen und Forderungen auch an die Wissenschaft stellen. Studenten kann man nur raten, sich in Organisationen außerhalb der etablierten Bildungseinrichtungen wie z.B. der „Offenen Akademie“ (s.: www.offene-akademie.org) zu betätigen, um eine ganzheitliche Sicht der gesellschaftlichen Probleme zu bekommen.

LEBENS LAUF VON PROF. DR. INGE SCHMITZ-FEUERHAKE

Inge Schmitz-Feuerhake, geboren 1935 in Osnabrück, studierte Physik und Mathematik. Nach ihrer Promotion in Hannover arbeitete sie von 1966 bis 1973 als Physikerin im Institut für Nuklearmedizin der Medizinischen Hochschule Hannover, wo sie u.a. Betriebsleiterin eines Forschungsreaktors war. 1973 nahm sie eine Professur für Experimentelle Physik an der Universität Bremen an. Dort blieb sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2001.

WIE EIN STUDENT AUS DER TÜRKEI DAS STUDIUM IN DEUTSCHLAND ERLEBT

Mein Gesprächspartner ist an der TU Dortmund Student der Informatik.

Er wurde 1980 in Istanbul geboren, verbrachte dort seine Kindheit und besuchte das Gymnasium mit dem Schwerpunkt der Naturwissenschaften. Danach studierte er in der Türkei Physik und absolvierte das Studium mit Diplom. Dieser Abschluss wird ihm in Deutschland nicht anerkannt. Wegen politischer Verfolgung als überzeugter Kommunist verließ er 2002 sein Heimatland und begann 2004 das Studium der Ing. Informatik an der TU Dortmund.

Im Vergleich der Studiengänge und -Inhalte zwischen der Türkei und Deutschland sieht er keine Unterschiede: sehr viel reine Theorie, kaum wissenschaftliche Grundlagenforschung und kein objekt- und projektbezogenes Studium. Des weiteren findet er, dass wenige Kulturaktivitäten, auch politische, an der TU Dortmund angeboten werden, auch Tanz und Theatergruppen aus verschiedenen Nationen fehlen. Er vermisst sehr die Kultur und stellt fest, dass in zunehmenden Maße das Studium mit Geld und Inhalten von Außen bestimmt wird.

Die Studiengebühren sind inakzeptabel, da sie aus seiner Sicht zu keinen nennenswerten Verbesserungen der Studieninhalte noch zu besserer Ausstattung im technischen Bereich geführt haben. Sein Studium muss er selbst finanzieren, das heißt ohne Beihilfen, die Studiengebühren werden durch einen Kredit finanziert und mit einem unterbezahlten Job von 16 Stunden in der Woche aufgebessert, um somit neben dem Studium auch noch leben können.

Nach seinem Asylantrag erhielt er eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Mit dem ausgestelltten Reiseausweis darf er überall hinreisen, nur nicht in die Türkei, da er dort sofort verfolgt wird. Das heißt, er kann seine Frau nur zweimal im Jahr für kurze Zeit sehen und seine Familie in der Türkei überhaupt nicht. Erst nach sehr komplizierten Visaanträgen mit zum Teil

absurden Forderungen ist es möglich, dass die Familie hin und wieder nach Deutschland kommt. Ein Visumsantrag dauert oft 6 bis 7 Monate und die Behörden wollen eine Garantie, dass die Angehörigen nicht hier bleiben.

Weiteres Problem für ausländische Studenten ist die behördliche Anerkennung der Diplome und die Einreise und Zulassung zum Studium nur nach vorherigem Sprachkurs. Reiche Studenten gehen in die USA oder nach England, da ist die Qualität des Studiums besser. Seine Schlussfolgerung:

„Es gibt, so lange ich jetzt hier studiere, keine Lerngruppen, wo Deutsche und ausländische Studenten gemeinsam lernen. Meine Überzeugung ist es, egal in

welchem Staat man lebt, dass man gegen das kapitalistische System kämpfen muss. Ich begann daraufhin, mich zu organisieren in Praxis und Theorie. Ich lernte die Montagsdemo in Dortmund kennen, die hier gegen Ausbeutung und Unrecht auf der Straße demonstriert und in diesem Zusammenhang traf ich auch Mitglieder der MLPD. Die Kontakte wurden ausgebaut und eine Hochschulgruppe der MLPD aufgebaut. Durch Info-Stände und Hauseinsätze informieren wir die Studierenden über den Sozialismus und fordern sie auf, sich zu organisieren. Unsere Gruppe unterstützt mit Einsätzen bei Opel oder Nokia den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Ich fühle mich heute in der MLPD gut organisiert und integriert, da wir die gleiche Sprache sprechen. Die Hochschulgruppe baut sich weiter auf.“

(Hochschulgruppe Dortmund)

MLPD – eine Partei mit Optimismus.

Ich möchte...

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
- informiert werden über

Bitte senden an: Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen (alle Angaben werden vertraulich behandelt)



„ICH WILL MEIN LEBEN NICHT FÜR SINNLOSE ZIELE VERSCHWENDEN – ICH WILL WAS BEWEGEN!“

Schon bald werden viele von uns FH- und Uni-Absolventen in den Arbeitsmarkt entlassen und es stellt sich die Frage, was wir mit dem gepackten Stoff anfangen? „Galileo“ befragte Studenten/innen an der FH Gelsenkirchen zu ihren Zukunftsaussichten und Erwartungen:

„Als ich mit meinem Studium als Wirtschaftsjurist begann hatte ich eher diffuse Vorstellungen. Träumte davon, mich für mehr Mitspracherechte der Beschäftigten einsetzen zu können und ähnliches. Natürlich wollte ich auch eine gesicherte Arbeit, mich dabei nicht verheizen lassen und hab eher weniger über politisches Engagement nachgedacht.“

Als Teil der internationalisierten Produktion wird von uns vor allem weltweite Flexibilität und Einsatzbereitschaft erwartet. Wer nicht mindestens einen Auslandsaufenthalt vorweisen kann, hat im Bewerberumfeld eher schlechte Karten – das sind die berühmten „Soft Skills“ – von sozialem Engagement ist eher weniger zu hören. Auch die betriebliche Praxis steht eher im Widerspruch zum Gelehrten. So berichtet ein Student aus seinem Praxissemester bei einem Autozulieferer: „... innerhalb des Vertriebs habe ich mich mit dem Vertragsrecht beschäftigt – manchmal ordnerweise Ausschreibungsunterlagen. Ich hab die Verträge genauestens analysiert und Veränderung vorgeschlagen – doch die großen Konzerne akzeptieren einfach keinen Widerspruch und wenn der Zulieferer nicht zu den Knebelverträgen „ja und amen“ sagt, ist er draußen.“

Wir Marxisten/Leninisten kennzeichnen das heutige System nicht ohne Grund als „Diktatur der Monopole“. Zur Aufrechterhaltung ihrer Machtverhältnisse sind die Monopole auf große Teile der Zwischenschichten angewiesen. Die Frage ist also: Sollen wir alles schlucken, unser ganzes Leben nur nach den Gewinn- und Machtinteressen der internationalen Konzerne und ihrer Regierungen ausrichten und am Besten mit den schlechteren Arbeitszeiten und Umweltschutzaufgaben, den niedrigeren Gehältern und politischer Entrechtung gegen Indien oder China konkurrieren?



Mao Tse-tung mit dem kanadischen Arzt Norman Bethune. Bethune war in den zwanziger Jahren ein erfolgreicher und privilegierter Arzt in Kanada. Auf dem Hintergrund des ersten Weltkrieges wurde er zunächst aktives Mitglied der kommunistischen Partei Kanadas und unterstützte den Spanischen Widerstand gegen die Franko-Faschisten Anfang der 1930er Jahre. Bis er sich schließlich dazu entschloss, ganz mit dem bürgerlichen Leben zu brechen, um als Arzt und Revolutionär die Kommunistische Partei in China unter Mao Tse-tung in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen.

Bankenkrise, Korruption, Umweltkrise, menschenverachtende, imperialistische Kriege, Millionen Menschen in Hunger, Armut und politischer Entrechtung – das sind untrügliche Zeichen eines Gesellschaftssystems, das uns keine Zukunft zu bieten hat. Deshalb steht mit dem Berufsantritt auch die Frage an, auf welcher Seite wir stehen wollen! Wir Marxisten/Leninisten sind davon überzeugt, dass die Millionen Unterdrückten diesem System ein Ende bereiten werden.

Insbesondere die Arbeiter und Angestellten in den internationalen Übermonopolen sind Trägerin der fortgeschrittensten Produktivkräfte. Sie haben kein Interesse daran, dieses System zu stützen. Sie sind die Kraft, an deren Seite wir Intellektuelle uns für ein sozialistisches Gesellschaftssystem einsetzen können, das den Menschen mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen zum Ausgangspunkt allen Handelns macht. Das beschrieb Bertolt Brecht in seinem Gedicht nicht ohne Grund als „Verrat“ an seiner ihm zugeordneten Klasse:

Insbesondere die Arbeiter und Angestellten in den internationalen Übermonopolen sind Trägerin der fortgeschrittensten Produktivkräfte. Sie haben kein Interesse daran, dieses System zu stützen. Sie sind die Kraft, an deren Seite wir Intellektuelle uns für ein sozialistisches Gesellschaftssystem einsetzen können, das den Menschen mit seinen natürlichen Lebensgrundlagen zum Ausgangspunkt allen Handelns macht. Das beschrieb Bertolt Brecht in seinem Gedicht nicht ohne Grund als „Verrat“ an seiner ihm zugeordneten Klasse:

VERJAGT MIT GUTEM GRUND

Ich bin aufgewachsen als Sohn
Wohlhabender Leute. Meine Eltern
haben mir
Einen Kragen umgebunden und mich
erzogen
In den Gewohnheiten des
Bedientwerdens
Und unterrichtet in der Kunst des
Befehlens. Aber
Als ich erwachsen war und um mich sah
Gefielen mir die Leute meiner Klasse
nicht
Nicht das Befehlen und nicht das
Bedientwerden
Und ich verließ meine Klasse und
gesellte mich
Zu den geringen Leuten.
So
Haben sie einen Verräter aufgezogen,
ihn unterrichtet
In ihren Künsten, und er
Verrät sie dem Feind.
Ja, ich plaudere ihre Geheimnisse aus.
Unter dem Volk
Stehe ich und erkläre
Wie sie betrügen, und sage voraus, was
kommen wird,
denn ich
Bin in ihre Pläne eingeweiht.(...)
(Fachhochschulgruppe Gelsenkirchen)

PROTESTE VERHINDERN PAPST-VORLESUNG

Rom. Als Reaktion auf die Proteste hatte Papst Benedikt XVI. seinen für den 17. Januar des Jahres geplanten Besuch an der römischen Sapienza-Universität in Padua absagen müssen. An dieser ältesten staatlichen Universität Roms hatte der Papst zur Eröffnung des akademischen Jahres sprechen wollen. Aber 67 Lehrende und viele Studentengruppen hatten protestiert, schließlich das Rektorat der Universität für mehrere Stunden besetzt und vom Rektor der Uni verlangt, Benedikt wieder auszuladen. Studenten der Universität organisierten eine „antiklerikale Woche“.

Als Grund dafür gaben diese an, die Einladung Benedikts verstoße gegen die Trennung der Kirche vom Staat. Vor allem aber monierten sie, dass Rat-



zinger sich 1990 als Kurienkardinal die Position des Philosophen Paul Feyerabend zu eigen gemacht hatte: Das Urteil der Inquisition „gegen Galilei war rational und gerecht, und seine Revision lässt sich nur politisch-opportunistisch rechtfertigen“ hatte Ratzinger damals aus Feyerabends Schrift „Wider den Methodenzwang“ von 1976 zitiert (1).

Galileo (1564–1642), nach dem die Hochschulzeitung der MLPD benannt ist, hatte mit Hilfe des Fernrohrs und mathematischer Berechnungen das heliozentrische Weltbild bewiesen, der zufolge sich die Erde und weitere Planeten um die Sonne drehen. Weil das dem ptolemäischen Weltbild der feudalen Herrscher und der römischen Kirche widersprach, war er im Jahre 1632 unter Androhung von Folter und Scheiterhaufen von der römischen Inquisition der katholischen Kirche gezwungen worden, seine Entdeckungen zu widerrufen.

Das Leben von Galileo Galilei gilt als ein Beleg dafür, wie die herrschenden Klassen in der Geschichte bis heute Wissenschaften in ihrem ureigensten Interesse der Zensur unterwerfen, diese manipulieren oder gar Vertreter bedeutender Erkenntnisse mit dem Tode bedrohen. (ck)

1) Paul Feyerabend, *Wider den Methodenzwang*, Suhrkamp-Verlag, 10. Aufl. 2007, S. 206

AUF ZUR WELTFRAUENKONFERENZ DER BASISFRAUEN 2011 IN VENEZUELA!

Weltweit haben Frauen am 8. März 2008, dem internationalen Frauentag, mit vielfältigen, bunten und lebendigen Aktivitäten die Stärke der internationalen Frauenbewegung gezeigt. In allen Teilen der Erde wehren sich Frauen gegen Diskriminierung, Benachteiligung und Unterdrückung und werden aktiv – für ein Leben ohne Arbeitslosigkeit, Armut oder Gewalt an Frauen, für eine befreite Gesellschaft und eine friedliche Zukunft! An vielen Orten wurde der Vorschlag begeistert diskutiert, im Jahre 2011 in Venezuela eine Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen durchzuführen.

Am 8. März verabschiedete in Caracas ein Initiativkomitee, das aus Delegationen aus Venezuela, Deutschland, Ecuador und Argentinien bestand, einen Aufruf und Grundsätze. Die Vorbereitung weltweit ist inzwischen in vollem Gange. Jede Frau und jedes Mädchen kann diese Sache zu ihrer ei-

genen machen, den Aufruf unterzeichnen, ihn bekannt machen und ihre eigenen Ideen und Vorschläge einbringen. Das nächste Vorbereitungstreffen des internationalen Initiativkomitees

wird am Rande des 8. Frauenpolitischen Ratschlags sein, der vom 3. bis 5. Oktober 2008 in Düsseldorf stattfindet. Genauere Informationen unter www.weltfrauenkonferenz.de



Die Ketten des Ausländergesetzes – aufgenommen am Internationalen Frauentag 8.3.08 in Basel (rf-Foto)